



AMTSGERICHT BIELEFELD

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**15. August 2024; 10:00 Uhr,
im Saal 18 (Raum 0.300) bei dem Amtsgericht Bielefeld, Gerichtstraße 6,
Ebene 0 (Saalebene)**

das im Grundbuch von Jöllenbeck Blatt 4473 eingetragene
Wohnungseigentum

Bezeichnung gemäß Bestandsverzeichnis:

Nr. 1: 155/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück:
Gemarkung Jöllenbeck Flur 8 Flurstück 642, Gebäude- und Freifläche,
Vilsendorfer Straße 64, Größe 1.143 m²,
verbunden mit dem Sondereigentum an der Raumeinheit Nr. 5 des
Aufteilungsplans, beschränkt durch das Sondereigentum an den anderen Anteilen
(Blätter 4469 bis 4474).

Es sind Sondernutzungsrechte begründet worden. Hier sind folgende
Sondernutzungsrechte zugeordnet worden:
an der Garage Nr. 5, an dem gesamten Dachboden.

versteigert werden.

Laut Gutachten des Sachverständigen:

2-Zimmer-Wohnung im 2. Obergeschoss links, mit einer Wohnfläche von ca.
72 m² nebst Dachboden und Garage in einem freistehenden,
dreigeschossigen, nicht unterkellerten im Jahr 1999 erbauten
Mehrfamilienhaus mit insgesamt sechs Wohneinheiten.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 14.11.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß §§ 74 a Abs. 5, 85 a Abs. 2 Satz 1 ZVG auf EUR 200.000,00 festgesetzt.

Ist ein Recht in dem genannten Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss die/der Berechtigte dieses Recht spätestens im Termin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn die Gläubigerin/der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch der Gläubigerin/des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Die/Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Bielefeld, 11.06.2024